



Rundbrief Aktuell

Informationen aus Berlin und dem Wahlkreis

Ausgabe 17-47/24.11.2017

Jamaika ohne Glück

Berlin – 20.11.2017

Am Ende der letzten Woche wurde ich zunehmend mit Äußerungen der Bürgerinnen und Bürger konfrontiert, die dringend das Ende der Sondierungsgespräche und die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen anmahnten. Die Ungeduld war ebenso spürbar, wie in der Regel die Überzeugung, dass es doch kein ernstzunehmendes Hindernis geben könne, dass aus den drei bzw. genau genommen vier Parteien eine Einheit im Sinne des Jamaikabündnisses geschlossen werden könnte. Auch wenn gerade in unserer Region das Thema Klimaschutz und ein möglicher beschleunigter Ausstieg aus der Braunkohleverstromung als Horrorszenario und vollkommen unvertretbar bzw. undenkbar bezeichnet wurde, war eine Alternative nicht wirklich in der Vorstellung verankert. In der Nacht von Sonntag auf Montag dann das Beben in Berlin mit der bekannten Folge.

Nun wartet alles auf das Ergebnis der Bemühungen unseres Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der schon mit seinem Appell zu Beginn dieser Woche sicherlich dazu beigetragen hat, die Diskussion zu versachlichen und alle Beteiligten auf die Verantwortung hinzuweisen, die eigentlich jedem mehr als bewusst sein müsste.

Was aber bedeutet die jetzige Situa-

tion im Einzelnen und vor allen Dingen für die politische Arbeit. Erste Erkenntnis muss zunächst einmal sein, dass grundlegende Veränderungen in unserem politischen System keineswegs mehr die Ausnahme darstellen, sondern auch wenn sie nicht an der Tagesordnung sind, so doch wesentlich möglicher werden als noch vor einigen Jahren.

Flüchtlingskrise, Trump-Wahl, Brexit etc. – alles zunächst undenkbar und dann doch Realität. Offenbar hat die Bundestagswahl gezeigt, dass die Fixierung der Wählerschaft auf einige wenige politische Parteien so nicht mehr gegeben ist. Diese Erkenntnis kann und darf aber nicht darin münden, dass die politischen Kräfte sich in der jetzigen Situation darauf zurückziehen, durch ein besonderes Betonen ihrer Grundsatzpositionen ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag zur Bildung einer handlungsfähigen Regierung nicht mehr nachkommen zu können oder jedenfalls zu wollen.

Daraus entsteht zwar kein Zwang dahingehend, dass jetzt jede beliebige Gruppierung sich so verbiegen müsste, dass in irgendeiner Form eine Mehrheit zustande kommt. Es geht aber sehr wohl um die Fragestellung, dass mit dem Antreten zur Wahl jedenfalls grundsätzlich auch die Bereitschaft verbunden sein muss, Verantwortung für unser Land zu übernehmen.

Diese Verpflichtung hat die CDU am Wahlabend klar formuliert und ist dafür von so manchem Pressevertreter belächelt worden, da man

doch gegenüber dem Ergebnis von 2013 Verluste hingenommen hat. Am Wahlabend war leider bei den anderen Parteien und insbesondere bei der SPD noch nicht genug Einsicht in eine demokratische Pflicht zur Verantwortung vorhanden, sonst hätte man sich weniger damit beschäftigt, sich selber zu beweinen, als sich ernsthaft mit dem Ergebnis auseinanderzusetzen. Der vielzitierte Satz der SPD, die GroKo sei abgewählt worden, entbehrt jedweder Grundlage. Weder stand die GroKo auf dem Wahlzettel noch hat die GroKo eine mögliche verfassungsrechtliche Mehrheit verloren. Zugegebenermaßen wäre sie jetzt nur noch knapper, aber wie sehr hatte man doch in der letzten Periode immer wieder darüber lamentiert, dass die Mehrheit der GroKo unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten bedenklich groß sei.

Wir müssen alle anerkennen, dass sich die politische Situation und auch die Diskussionslage nun durch das Einziehen von FDP und AfD in den Bundestag deutlich verbreitert und verschärft hat. Wir müssen auch einsehen, dass der Wählerauftrag sehr genau analysiert werden muss und eine Kombination, wie die GroKo, die für die letzte Legislaturperiode nicht die allerbesten Noten bekommen hat, sich deshalb für die Zukunft keineswegs kategorisch verbietet. Für die Diskussion finde ich besonders bemerkenswert, dass sich eine breite Mehrheit – jedenfalls noch vor kurzer Zeit, einerseits für Neuwahlen ausspricht und andererseits die Ergebnismfragen kaum eine Veränderung ergeben würden. Eine Wahl zum Deutschen Bundestag ist eben ebenso wenig eine Beschäftigungstherapie für die Kandidaten und

Abgeordneten, wie sie ein Unterhaltsprogramm für die Bürgerinnen und Bürger sein darf. Ich hoffe deshalb zuversichtlich, dass nach der vielleicht sehr heilsamen Ernüchterung des Scheiterns von Jamaika nun die weiteren Beteiligten zu der Erkenntnis kommen, dass mit der Wahl und dem Wahlergebnis der Auftrag verbunden ist, die Geschichte und Interessen unseres Landes verantwortungsvoll und nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten und zu gestalten und eine veränderte Sachlage auch eine sehr gute Rechtfertigung für ein Überdenken der eigenen Position sein muss.

Die CDU/CSU hat jedenfalls ihre Rolle in dieser Konstellation erkannt und mit Verantwortungsbewusstsein wahrgenommen und ich finde es geradezu nur vollkommen absurd, wenn der Vorwurf erhoben wird, es ginge nur um den Erhalt der Macht und insbesondere der Kanzlerschaft von Angela Merkel.

Wer würde von den Wählerinnen und Wählern der CDU/CSU auch nur ansatzweise Verständnis dafür aufbringen, wenn die nach dem Ergebnis der Bundestagswahl mit Abstand größte politische Kraft sich nun auch nur noch in einer Oppositionsrolle gefallen würde.

Es gehört allerdings zur Wahrheit auch dazu, dass Verbindungen von unterschiedlichen politischen Richtungen zwangsläufiger Weise dazu führen, dass es zwar im Sinne einer Einigung eine Schnittmenge von mehr als 50 % geben muss, außerhalb dieser Schnittmenge aber eigene Positionen auch modifiziert werden müssen, um Arbeitsfähigkeit zu erzielen. Die Arbeit in den letzten vier Jahren hat mich aber gelehrt, dass die Umsetzung von formulierten Zielvorgaben in der realen Politik wesentlich häufiger zu Ergebnissen führt, die die Gesellschaft akzeptiert.

Erste Plenarsitzung der neuen Legislaturperiode

Berlin – 21/22..11.2017

Der Verlauf der beiden ersten Plenartage in Berlin war ein sichtbar deutliches Zeichen dafür, wie sich zukünftig die Fraktionen zu den Themen begegnen würden. Besonders deutlich wurde dies bei der Debatte um die Fortsetzung der insgesamt sieben Bundeswehrmandate im internationalen Einsatz um den Erhalt des Friedens. Die Einsätze im Mittelmeer, im Nahen Osten, in Mali und in Afghanistan sind der Beweis dafür, dass die internationale Sicherheitslage den unterschiedlichsten Bedrohungen ausgesetzt ist und eine Verantwortung von Deutschland keinesfalls an den deutschen Grenzen und selbst nicht an den europäischen Außengrenzen enden kann und darf. Die gegenteilige Auffassung gaukelt eine Scheinsicherheit vor und verkennt vor allen Dingen vollkommen, dass eine deutsche Bündnistreue in der Nato bzw. den Vereinten Nationen natürlich auch sicherstellt, dass wir von unseren Bündnispartnern auch den Beistand erwarten dürfen, den wir im Rahmen unserer geostrategischen Lage im Zentrum Europas benötigen. Wie anstrengend die Arbeit in formeller Hinsicht werden wird, durften wir dadurch erfahren, dass schon am ersten Sitzungstag bei der Abstimmung über die vorzeitige Rückzahlung von Kreditmitteln die Irland vom IWF erhalten hat, dem Präsidium keine eindeutige Mehrheitsfeststellung möglich war und zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses der erste Hammelsprung der Legislaturperiode durchgeführt werden musste. Als kleine Randnotiz sei aber auch angemerkt, dass sich bei mehreren Abstimmungssituationen wohl zufällig das Jamaikabündnis gefunden hat.

Besuch einer bolivianischen Delegation im Deutschen Bundestag

Berlin – 20.11.2017



In Berlin haben auch Termine stattgefunden, die nichts mit der Neuwahl sondern mit meinem Arbeitsbereich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu tun haben. Eine Delegation von Politikern, Verwaltungsangestellten und Bürgermeistern aus Bolivien war Anfang der Woche bei mir zu Gast und informierte sich über unseren staatlichen Aufbau und die Aufgabenverteilung im Bundestag zwischen den Arbeitsgruppen, Ausschüssen und dem eigentlichen Plenum. Während Deutschland in bestimmten Bereichen von der konsequenten Durchführung des Föderalismus entfernt, weil Zentralität zu einer besseren Standardsetzung führen kann, findet in Bolivien ein Prozess der Autonomie statt, was allerdings im Sinne der Einrichtung lokaler und damit kommunaler Verwaltungsstrukturen zu verstehen ist. Mit insgesamt 36 Indigenen Bevölkerungsgruppen ist es geboten, die lokalen Interessen wahrnehmen zu können, was jedoch zunächst mit dem Aufbau von Strukturen und Hierarchien verbunden ist. Den Besuchern konnte ich auch aufgrund meiner fortbestehenden kommunalpolitischen Tätigkeit sehr gut die Zusammenarbeit und die notwendigen Handlungsstrukturen erklären.